

Niederschrift

über die 7. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 19. November 2008

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der Erste Bürgermeister und 20 Stadtratsmitglieder. Stadtrat Schulz nahm an der Sitzung ab TOP 4 teil. Stadtrat Siebentritt nahm an der Beratung zu TOP 10 nicht teil.

Ferner waren anwesend: VOAR Heinz Firmbach, Stadtkämmerer
VAI Ralf Ühle, Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1 – 6, nichtöffentlich ab TOP 7 und dauerte von 19.00 Uhr bis 22.00 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bürgerfragestunde

Keine Zuhörer anwesend und deshalb auch keine Fragen.

2. Energetische Sanierung der Offenen Ganztageschule

2.1 Genehmigung der Auftragsvergabe für die Lüftungsanlage

Für die Installation der raumluftechnischen Anlage in der Offenen Ganztageschule wurde eine beschränkte Ausschreibung unter sechs Firmen durchgeführt. Folgende Angebote liegen vor:

Fa. Holzapfel, Großwallstadt	28.453,51 €
Fa. Ruf, Kleinheubach	29.938,29 €
(Kostenberechnung)	30.940,00 €

Die Fa. Holzapfel hat bereits die Lüftungsanlage in der Zweifachsporthalle installiert und ist als leistungsfähig bekannt.

Der Bau- und Umweltausschuß ermächtigte die Verwaltung, den Auftrag an die wenigstnehmende Fa. Holzapfel zu erteilen. Dies ist mit Schreiben vom 11.11.2008 erfolgt. Die Verwaltung bittet, die Vergabe zu genehmigen.

Der Stadtrat stimmte der Vergabe einstimmig zu.

2.2 Genehmigung der Auftragsvergabe für die Trockenbauarbeiten Schwimmhalle.

Für die vom Stadtrat in seiner Sitzung vom 22.10.2008 beschlossene Erneuerung der Decke in der Schwimmhalle wurde eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt. Folgende Angebote liegen vor:

Fa. Eck Malerteam, Amorbach	60.889,62 €
Fa. Bollmann, Aschaffenburg	62.947,13 €
Fa. Verst, Seckmauern	67.972,20 €
(Kostenberechnung)	46.465,93 €

Die Mehrkosten gegenüber der Kostenberechnung ergeben sich einerseits daraus, daß dort die seitliche Verkleidung der Decke nicht enthalten war, andererseits die abgerundete Ausführung deutlich aufwendiger als ursprünglich angenommen ist.

Gegenüber einer kaum möglichen Sanierung der Holzdecke ergeben sich Mehrkosten in Höhe von rechnerisch 6.832,68 €

Um den termingerechten Abschluß der Arbeiten nicht zu gefährden, ermächtigte der Bau- und Umweltausschuß die Verwaltung, den Auftrag an die wenigstnehmende Fa. Eck zu vergeben. Dies ist mit Schreiben vom 12.11.2008 erfolgt. Die Verwaltung bittet, die Auftragsvergabe zu genehmigen.

Der Stadtrat beschloss, dies zu genehmigen.

2.3 Genehmigung der Auftragsvergabe für Mobiliar

Für die neuen Räumlichkeiten der Offenen Ganztagesesschule in der früheren Einfachsporthalle ist Mobiliar in erheblichem Umfang zu beschaffen. Es handelt sich im Wesentlichen um Tische und Stühle für den Speisesaal, verschiedene Schränke und Raumteiler, mobile Bühnenelemente und Garderobenelemente, aber auch Sitzgruppen für die Rückzugs- und Ruheräume. Im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung wurden vier Firmen zur Angebotsabgabe aufgefordert. Zur Submission am 28.10. lag ein Angebot vor:

Fa. VS Vereinigte Spezialmöbelfabrik, Tauberbischofsheim	53.659,50 €
(Kostenberechnung:	56.528,00 €)

Daneben hat die Fa. VS ein Nebenangebot abgegeben, das mit 46.404,58 € abschließt. Die darin vorgesehenen Stühle, Tische und Schrankelemente entsprechen jedoch nicht den Anforderungen des schulischen Betriebs. Um eine termingerechte Lieferung zu gewährleisten, bitten das Büro stendel architekten und die Verwaltung um eine vorgezogene Beauftragung schon vor der Sitzung des für die Vergabe eigentlich zuständigen Stadtrates.

Der HFA ermächtigte die Verwaltung, den Auftrag auf der Basis des Hauptangebotes an die Fa. VS zu vergeben. Dies ist mit Schreiben vom 31.10.2008 erfolgt. Die Verwaltung bittet, die Vergabe zu genehmigen.

Der Stadtrat beschloss, dies zu genehmigen.

3. Sanierungsmaßnahmen auf der ehemaligen Kreismülldeponie – Ausgleich für Straßenschäden

In seiner Sitzung vom 19.03.2008 hatte der Stadtrat einen vom LRA Miltenberg vorgelegten Vereinbarungsentwurf über den Ausgleich von durch die Rekultivierung der ehemaligen Kreismülldeponie verursachte Straßenschäden wie folgt beraten:

„Im Rahmen der Rekultivierungsarbeiten auf der ehemaligen Kreismülldeponie hatte die Stadt Würth vom Landkreis Miltenberg eine finanzielle Kompensation der durch den übermäßigen Schwerlastverkehr zu erwartenden Straßenschäden in der Frühlingstraße, der Bayernstraße, dem Boxbergweg und dem Vielbrunner Weg gefordert.

Dazu wurde der Zustand der genannten Straßen und Wege gemeinsam vor und nach der Maßnahme begangen und festgestellt. An einigen Schadstellen wurde ein Anteil des Landkreises von nur 50% festgelegt, da diese nicht ausschließlich dem Landkreis zugerechnet werden können.

Eine Kostenberechnung des Landkreises auf Basis der Begehung schließt mit Bau-/ Reparaturkosten in Höhe von brutto 117.000 € ab. Mit Schreiben vom 04.12.2007 hat der Landkreis der Stadt „zur schnellen und unbürokratischen Lösung der Angelegenheit“ eine pauschale Zahlung von 110.000 € unter folgenden Bedingungen angeboten:

- 1. Die Stadt Würth verzichtet auf jegliche weitere Forderung hinsichtlich der Nutzung der Ortsstraßen in Zusammenhang mit Stilllegung und Nachsorge der ehemaligen Kreismülldeponie*
- 2. Die Zahlung des Landkreises soll in erster Linie den Anliegern zugute kommen und diese bei möglichen Straßenausbaubeiträgen entlasten*
- 3. Der Ausbau und die Sanierung des Boxbergweges ab der Einmündung Bayernstraße bis zum Vielbrunner Weg (Gelände Arnheiter/Diephaus) sind ausdrücklich eingeschlossen*
- 4. Die Stadt Würth verpflichtet sich, die Sanierungsmaßnahmen bis spätestens 2 Jahre nach Auszahlung des vereinbarten Betrags durch den Landkreis durchzuführen*
- 5. Die Stadt Würth verpflichtet sich zur Unterhaltung der befestigten ehemaligen Zufahrt zur*

Kreismülldeponie am unteren Vielbrunner Weg (Wendeplatz)

6. Die Stadt Wörth verpflichtet sich, im Rahmen der Sanierung des Vielbrunner Wegs auch die Grundstücksgrenzen des landkreiseigenen Grundstücks Fl.Nr. 5224/2 wieder herzustellen und durch eine ordnungsgemäße Ableitung des Oberflächenwassers dieses Weges den Zufluß auf das landkreiseigene Grundstück Fl.Nr. 5224/2 (Infrastrukturbereich) zuverlässig und dauerhaft zu verhindern.

Die Stadt hat dem Landkreis mitgeteilt, daß eine Verkürzung des ermittelten Ausgleichsbetrags von 117.000 auf 110.000 € nicht akzeptabel ist. Zudem wird die Verknüpfung der strittigen Frage zu 6. mit der Behebung der Straßenschäden abgelehnt. Die Stadt Wörth hält es nämlich nicht für ihre Aufgabe, den Zufluß von Oberflächenwasser auf das Landkreisgrundstück auf ihre Kosten zu verhindern, nachdem die Baumaßnahmen auf dem seit jeher unterhalb des Weges liegenden Grundstück die Situation erst verschärft haben.

Zwischenzeitlich hat der Landkreis sein Angebot auf 113.500 € erhöht, im übrigen jedoch auf seinen Bedingungen beharrt.

Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung, hinsichtlich der o.g. Punkte 3. bis 6. weitere Verhandlungen mit dem Landkreis zu führen. Über die dargestellten Bedenken hinaus soll klargemacht werden, daß eine zeitliche Verpflichtung der Stadt angesichts der möglichen Betriebsverlagerung der Fa. Diephaus nicht eingegangen werden kann. Auch eine Unterhaltung des Wendeplatzes liegt nicht im Interesse der Stadt und soll möglichst abgewendet werden.“

Diesem Auftrag ist die Verwaltung nachgekommen. Der Landkreis hat daraufhin angeboten, den Entschädigungsbetrag auf 120.000 € zu erhöhen. Von den übrigen Forderungen ist er dagegen nicht abgerückt.

Derzeit wird untersucht, wie das Oberflächenwasser des Vielbrunner Wegs abgeleitet werden kann und ob eine Beteiligung des Amtes für Ländliche Entwicklung an den vom Büro Hoßfeld & Fischer mittlerweile auf ca. 165.000 € geschätzten Kosten in Frage kommt, da das strittige Oberflächenwasser weit überwiegend aus dem Flurbereich zuläuft.

Seitens des Stadtrates wurde in dessen Sitzung vom 22.10.2008 die starre Haltung des Landkreises massiv kritisiert. Außerdem wurde befürchtet, dass die Entwässerung des Boxbergsweges derzeit kostenmäßig nicht eingeschätzt werden kann und die Stadt insofern ein erhebliches Risiko trägt. Von verschiedenen Stadtratsmitgliedern wurde vorgeschlagen, weitere Verhandlungen mit dem Landkreis zu führen. Der Bau- und Umweltausschuss wurde beauftragt, bei der Ortsbegehung am 24.10. auch diesen Bereich zu besichtigen.

Nach intensiver Erörterung beschloss der Stadtrat mit 16:4 Stimmen, dem Bau- und Umweltausschuss die Befugnis über die Beschlussfassung zum Abschluss der Vereinbarung mit dem Landkreis unter der Maßgabe zu übertragen, dass die Frist für die Behebung der Straßenschäden auf 5 Jahre statt der vom Kreis vorgeschlagenen zwei Jahre verlängert wird.

Mit e-mail vom 04.11.2008 hat der Landkreis die Verlängerung der Frist unter der Bedingung in Aussicht gestellt, dass öffentlich klargestellt wird, dass dies auf Wunsch der Stadt erfolgt und nicht vom Landkreis zu vertreten ist. Zudem sind Bürgermeister Dotzel und Landrat Schwing übereingekommen, dass die Grundstücksgrenze des kreiseigenen Betriebsgrundstücks zur Boxbergstraße nach deren Sanierung den neuen Verhältnissen angepasst wird.

Die Verwaltung empfiehlt daher, dem Abschluss der Vereinbarung zuzustimmen, um den Entschädigungsbetrag noch im Jahr 2008 vereinnahmen zu können

Der Stadtrat stimmte dem Abschluss der Vereinbarung zu.

4. **Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Miltenberg zum Projekt Windelsack**

In seiner Sitzung vom 22.10.2008 hatte der Stadtrat eine Entscheidung über den vorgelegten Entwurf über die Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Miltenberg zum Projekt Windelsack zurückgestellt, da die Versorgung von Inkontinenzpatienten wie auch ein System von Müllsäk-

ken als unzureichend angesehen wurde. Auf die Niederschrift über diese Sitzung wird verwiesen.

Mittlerweile hat der Kreistag die Einführung des vorgeschlagenen Systems zunächst ohne Änderungen beschlossen. Um die Versorgung der Familien mit Windelsäcken für ihre Kleinkinder sicherzustellen, empfiehlt die Verwaltung, der Vereinbarung nunmehr zuzustimmen.

Der Stadtrat stimmte dem Abschluss der Vereinbarung zu.

5. Haushaltsplanung 2008

5.1 Vorstellung und Beratung des Nachtragshaushalts 2008

Der HFA hat in seiner Sitzung vom 29.10.2008 den Entwurf des Nachtragshaushaltes beraten. Änderungswünsche gab es keine. Es liegt ein einstimmiger Empfehlungsbeschluss des HFA vor, den Nachtragshaushalt 2008 zu beschließen.

Gegenüber der Vorstellung im HFA wurden im Wesentlichen noch folgende Änderungen eingearbeitet:

1. Wasser- und Kanalgebührenauffälle	50.000 €
2. Mehreinnahmen bei den Verwarnungs-/Bußgeldern	18.000 €
3. Mehrausgaben für die Komm. Verkehrsüberwachung	8.000 €
4. Reduzierung der Zuführung an den Vermögenshaushalt	40.000 €
5. Übertragung von Anliegerbeiträgen in die Hh-Jahre 2009 ff	151.000 €
6. Erhöhung der Entnahmen aus den allg. Rücklagen	190.000 €
7. Berücksichtigung der absehbaren Haushaltsrestveränderungen beim Stand der allg. Rücklagen zum 31.12.2008 per saldo um	660.000 €

Stadtkämmerer Firmbach stellt den Nachtragshaushalt 2008 vor. Nach den Ausführungen des Kämmers wächst das Volumen des Haushalts um +1.433.000 € (+10,4%) auf 15.187.000 € an.

Das Volumen des **Verwaltungshaushalts** erhöht sich um +872.000 € auf 10.988.000 €. Auf der Einnahmenseite fallen vor allem die wiederum stark, um +800.000 € auf 2.200.000 € verbesserten Gewerbesteuererinnahmen ins Gewicht. Auf der Ausgabenseite treten Minderungen bei den Personalausgaben (-67.000 €), aber auch Mehrausgaben, z.B. bei den sächlichen Ausgaben (+116.000. €) und den allgemeinen Umlagen (+108.000 €) ein. Per Saldo können von den Mehreinnahmen des Verwaltungshaushalts 566.000 € dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt steigt damit auf insgesamt stattliche 998.000 € an. Die Mindestzuführung beträgt unverändert 442.000 € und wird damit deutlich überschritten.

Das Volumen des **Vermögenshaushalts** erhöht sich um +561.000 € auf 4.199.000 €. Auf der Einnahmenseite fallen zunächst -478.000 € Investitionsfinanzierungsmittel (davon -424.000 € bei der Position „Vermögensveräußerung“) aus. Auf der Ausgabenseite müssen für die Investitionen insgesamt +365.000 € zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Die vom Landkreis erwartete Entschädigung für die Zufahrtsstraßen zur Kreismülldeponie wird in Höhe von 86.000 € der allgemeinen Rücklage zugeführt. Ferner wird die allgemeine Rücklage „Ausgleich Verwaltungshaushalt“ um +560.000 € aufgestockt, um die in ca. 2 Jahren aus den Steuermehreinnahmen des Nachtragshaushalts 2008 fällig werdenden Umlagen und Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen bezahlen zu können. Unter Berücksichtigung dieser Veränderungen ist ein Ausgleich des Vermögenshaushalts ohne Griff in die **allgemeinen Rücklagen** in diesem Jahr leider nicht möglich. So wird einerseits auf die im Stammhaushalt in Höhe von 451.000 € veranschlagte Zuführung an die zweckfreie allgemeine Rücklage verzichtet. Andererseits werden der allgemeinen Rücklage nicht eingeplante 472.000 € entnommen. Um die Summe dieser beiden Beträge (= 923.000 €) hat sich der Stammhaushalt 2008 somit verschlechtert.

Deshalb wird der im Stammhaushalt avisierte **Stand der allgemeinen Rücklagen**

(1.616.000 €) um 716.000 € verfehlt. Inklusive der Sonderrücklagen werden zum 31.12.2008 voraussichtlich 2.258.000 € Rücklagen zur Verfügung stehen, 705.000 € weniger als geplant. Die **Verschuldung** wird dagegen plangemäß um -483.000 € auf 7.872.000 € zurückgeführt. Kreditaufnahmen sieht auch der Nachtragshaushalt 2008 nicht vor.

Der Kämmerer resümiert, das Haushaltsjahr 2008 habe sich insgesamt gemischt, also positiv wie negativ entwickelt.

Positiv deshalb, weil das Haushaltsjahr 2008 nun mit dem Erreichen der Mindestzuführung und einer positiven freien Spitze alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt und weil es darüber hinaus auch kaufmännischen Notwendigkeiten voll gerecht wird, was die mit Abstand wichtigste Erkenntnis aus dem vorliegenden Zahlenwerk ist.

So wird dank der wiederum üppig sprudelnden Steuereinnahmen die gesetzliche Mindestzuführung von 442.000 € um +556.000 € (= 116 €/EW) markant überschritten. Die freie Spitze der Stadt Wörth a. Main liegt damit bei 106% des Landesdurchschnitts vergleichbarer Gemeinden, d.h. auf durchschnittlichem Niveau. Der Finanzierungssaldo reduziert sich zwar um -260.000 €, bleibt aber mit +658.000 € immer noch deutlich positiv.

Kaufmännisch betrachtet schließt das Hh-Jahr 2008 nach nahezu komplett erfassten Abschreibungen (787.000 €) mit einem laufenden Jahresgewinn von voraussichtlich **+209.802 €** ab, d.h. es wird auch doppischen Ansprüchen in vollem Umfang gerecht. Trotz des vergleichsweise immer noch sehr hohen Schuldenstandes ist die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt im Haushaltsjahr 2008 damit uneingeschränkt gewährleistet. Mit einem Investitionsvolumen von 2.329.000 € (3-facher Betrag der Afa) kommt die Stadt gleichzeitig auch ihrer Verpflichtung nach, das vorhandene Vermögen nachhaltig zu erhalten bzw. zu erneuern.

Negativ hat sich das Hh-Jahr 2008 aus Sicht des Kämmerers deshalb entwickelt, weil es nicht möglich ist, die aus den Steuermehreinnahmen notwendige Rückstellung von 560.000 € aus dem Hh-Jahr 2008 zu erwirtschaften, d.h. die Stadt kann die im Stammhaushalt gesteckten Ziele nicht erreichen. Das drückt sich im Ergebnis in der Veränderung der Allgemeinen Rücklagen aus. Deren Stand bleibt zum 31.12.2008 voraussichtlich um -716.000 € hinter den Erwartungen zurück. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Dem steht gegenüber, dass die Investitionsausgaben kräftig erhöht wurden (+685.000 €); insbesondere wird über den Nachtragshaushaltsplan u.a. die so wichtige energetische Sanierung des Nebengebäudes der Volksschule, in dem das Hallenbad und die Offene Ganztageschule untergebracht sind, mit staatlicher Unterstützung finanziert, was alleine zusätzliche Belastungen in Höhe von ca. 495.000 € verursacht hat.

Das Haushaltjahr 2008 wird deshalb insgesamt als ein finanzwirtschaftlich gutes Haushaltsjahr, allerdings auch mit leichten Schattenseiten, in Erinnerung bleiben. Dieser Einschätzung schließen sich die Sprecher der Fraktionen an. Der Nachtragshaushalt 2008 ist in der vorliegenden Entwurfsfassung nicht genehmigungspflichtig. Sie lobten die gute finanzielle Entwicklung, die termingerechte Vorlage des Nachtrags und die städtische Ausgabendisziplin.

5.2 **Beschluß der Nachtragshaushaltssatzung 2008**

Sodann beschloß der Stadtrat einstimmig folgende

NACHTRAGS-HAUSHALTSSATZUNG

der
Stadt Wörth a. Main
(Landkreis Miltenberg)
für das Haushaltsjahr

2008

Aufgrund der Art. 63 ff der Gemeindeordnung - GO- für den Freistaat Bayern erlässt die Stadt Würth a. Main folgende Nachtragshaushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte **Nachtragshaushaltsplan** für das Haushaltsjahr **2008** wird hiermit festgesetzt; dadurch werden

	erhöht um	vermindert um	und damit der Gesamtbe- trag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträ- ge	
			gegenüber bisher	auf nunmehr verändert.
a) im Verwaltungshaushalt				
die Einnahmen	1.113.620 €	242.161 €	10.115.678 €	10.987.137 €
die Ausgaben	1.197.677 €	326.218 €	10.115.678 €	10.987.137 €
b) im Vermögenshaushalt				
die Einnahmen	1.841.099 €	1.280.099 €	3.637.540 €	4.198.540 €
die Ausgaben	2.098.172 €	1.537.172 €	3.637.540 €	4.198.540 €
c) im Gesamthaushalt				
die Einnahmen	2.954.719 €	1.522.260 €	13.753.218 €	15.185.677 €
die Ausgaben	3.295.849 €	1.863.390 €	13.753.218 €	15.185.677 €

§§ 2 - 5 (entfallen)

§ 6

Diese Nachtragshaushaltssatzung tritt am 01. Januar 2008 in Kraft.

63939 Würth a. Main, den 20. Nov. 2008
- Stadt Würth a. Main -

Dotzel, 1. Bürgermeister

6. Haushaltsplanung 2009 – Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs

Stadtkämmerer Firmbach stellte den Entwurf des Haushaltsplans 2009 ausführlich vor. Danach stellt sich die Entwicklung voraussichtlich wie folgt dar:

Das Volumen des Verwaltungshaushalts wird gegenüber 2008 von 10,989 Mio. € auf 9,983 Mio. €, das des Vermögenshaushalts von 4,199 Mio. € auf 2,133 Mio. € sinken. Für den Gesamthaushalt ergibt dies eine Verringerung von 15,188 Mio. € um ca. 20 % auf 12,116 Mio. €.

Änderungen von Gebühren und Abgaben sind nicht vorgesehen. An Steuereinnahmen sind (insbesondere wegen einer mit 1,4 Mio. € zurückhaltend veranschlagten Gewerbesteuer) statt 4,908 Mio. € noch 4,104 Mio. € angesetzt. Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb sollen von 3,295 Mio. € auf 3,201 Mio. € fallen.

Größte Ausgabeposten des Verwaltungshaushalts sind die Personalkosten mit 2,558 Mio. € sowie die Sachkosten mit 4,592 Mio. € (hiervon 3,11 Mio. € innere Verrechnungen, kalkulator-

rische Kosten und andere durchlaufende Posten). Für Zinsen sind 0,414 Mio. €, für Umlagen insgesamt 1,827 Mio. € aufzuwenden.

Die Zuführung zum Vermögenshaushalt ist mit 432.000 € geringfügig unter der gesetzlichen Mindestzuführung von 442.000 € veranschlagt. Kreditaufnahmen sind nicht vorgesehen.

Der Stadtrat nahm hiervon Kenntnis. Es ist vorgesehen, den Haushalt im Haupt- und Finanzausschuss am 24.11.2008 zu beraten und möglichst in der Sitzung des Stadtrates am 17.12.2008 zu beschließen.

Zur Finanzsituation teilte BGM Dotzel mit, dass Gespräche mit dem Büro H + F bezüglich der Sanierung der Gartenstadt geführt wurden und die Planung wie folgt aussieht: Im Jahr 2009 soll die Planung abgeschlossen sein und im Jahr 2010 die Umsetzung erfolgen.

Zur Erschließung des Industriegebietes Weidenhecken teilte BGM Dotzel mit, dass zur Zeit geprüft wird, ob der untere Teil separat erschlossen werden kann.

Stadtrat Lenk fragte nach, ob es inzwischen Interessenten für die brachliegenden städtischen Bauplätze in der Caesar-Fuchs-Straße gäbe, was BGM Dotzel verneinte.

Aus dem Gremium wurde angeregt, aus 3 Reihenhausbauplätzen evtl. 2 Bauplätze für Einzelhäuser zu machen. Dies soll im Bau- und Umweltausschuss beraten werden. .

Stadtrat Jens Marco Scherf fragte nach, wie weit die Angebotseinholung zwecks der Energetischen Sanierung des Rathauses gediehen ist. BGM Dotzel teilte mit, dass bis zum Sommer 2009 für die öffentlichen Gebäude im Stadtzentrum ein Energiegutachten erstellt wird und die Umsetzung evtl. noch im Jahr 2009 erfolgen soll. In das Gutachten sollen noch die Gebäude der Kirchengemeinde und der Theresienschule eingebunden werden, wobei die Zusage der Leitung der Theresienschule noch aussteht.

Wörth a. Main, 17.12.2008

Dotzel
Erster Bürgermeister

Ühlein
Protokollführer